

# Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementpreise** mit der wöchl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst für die Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Bringerlohn monatlich 80 Pf. durch die Post bezogen vierteljährlich 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 3. — Erscheint wöchl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

**Redaktion:** Zwingerstraße 21, II. Telefon 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Zwingerstraße 21. Telefon 1769. **Verlagszeit** von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

**Inserate** werden die gespaltene Petitzeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 282.

Dresden, Sonnabend den 5. Dezember 1908.

19. Jahrg.

## An die Parteigenossen Sachsens!

Das unterzeichnete Zentralkomitee beruft hiermit eine

### Außerordentliche Landesversammlung

auf

**Montag den 14. Dezember**

vormittags 10 Uhr

nach dem „Kristallpalast“ in Dresden, Schäferstraße, ein.

Tagesordnung:

### Die Wahlrechtsfrage. Referent: Dr. Georg Gradnauer.

Wir ersuchen die Parteigenossen, unter Berücksichtigung der außergewöhnlichen Verhältnisse, so schnell als möglich die Delegiertenwahlen vorzunehmen.

Dresden, den 4. Dezember 1908.

Zwingerstraße Nr. 21.

### Das Sozialdemokratische Zentralkomitee für Sachsen.

J. U.: Karl Sindermann.

### Der außerordentliche Landesparteitag.

Außerordentliche Zeiten erfordern außerordentliche Maßnahmen!

Das Zentralkomitee der sächsischen Sozialdemokratie beruft auf Grund vorheriger Verhandlung mit dem Agitationskomitee eine außerordentliche Landeskonferenz unserer Partei auf den 14. Dezember ein. Als einziger Gegenstand auf der Tagesordnung dieser Konferenz steht die brennende Frage der sächsischen Wahlrechtsfrage.

Unsere Parteigenossen in ganz Sachsen werden die Einberufung des außerordentlichen Parteitags für Sachsen aus lebhaftester Begrüßung. Sie werden mit dem Zentralkomitee überzeugt sein, daß die politische Situation einen derartigen Schritt unbedingt erfordert.

In den beiden Kammern des Landtages sind die Volkseinde am Werke, ein neues schändliches Wahlrecht zu verabschieden. Auf Grund des elenden Dreiklassenwahlrechts sitzen in der Zweiten Kammer Personen, die nur Vertreter der besitzenden Klasse sind, um über das Recht der arbeitenden Klassen nach Willkür zu befinden. Die Masse des Volkes ist von diesen Beratungen und von den Entscheidungen künstlich abgesperrt. Da ist es erforderlich, daß von außen her den herrschenden Mächten gesagt wird, wie das Volk denkt und was das Volk will!

Die Sozialdemokratie steht als Bannerträger an der Spitze des Volkes, das seine Rechte fordert. Sie beruft die Vertreter des Volkes aus dem ganzen Lande zusammen zu einer wichtigen Rundgebung gegen die Willkür des Vierstimmensrechts.

Unsere Parteigenossen mögen daher ohne jeden Vorzug die Wahl ihrer Vertreter für den Landesparteitag vornehmen. Es gilt vor aller Welt zu zeigen, daß die sächsische Arbeiterklasse, die in tausend Fehden erprobte, ihren Kampf für das gleiche Wahlrecht machtvoll zu führen weiß!

Wohlan, Parteigenossen! Rüstet zum außerordentlichen Landesparteitag, den unser Zentralkomitee einberuft, unter der Forderung:

**Gegen die Vergeßlichkeit des Volkes!  
Für das allgemeine, gleiche, freie Wahlrecht!**

### Die Sozialdemokratie rettet das Parlament.

Die Rede Adlers über den nationalen Kampf.

Wien, 4. Dezember.

„Für das österreichische Parlament bedeutete der gestrige Tag eine Entscheidung seiner Geschichte. Die Reichstagsabteilungen waren vorbereitet, seine Verhandlungen unmöglich zu machen, und das ist bisher jeder, auch der kleinste Partei gelungen, selbst wenn der Anlaß dazu geringfügiger war als die Proklamierung des Ständerechts. Die Regierung aber bestreute sich mit dem Gedanken, im Notfall das Parlament heimzuschicken und die Führung der Geschäfte wieder einmal unparlamentarisch zu versuchen. Man stand also vor der Wiederkehr der jämmerlichen Zustände, die unter dem Kuriensystem geherrscht hatten, man stand vor der Möglichkeit, daß das Parlament des allgemeinen Wahltages herabgewürdigt, entsetzt, seines Ansehens entleert würde. Das Ständerecht in Prag bedrohte die demokratische Grundlage unserer Verfassung.“

In diesem Augenblicke äußerster Gefahr entschied der Zufall, daß der Sprecher der Sozialdemokratie, Dr. Adler, als erster auf der Rednertribüne stand. Das Gewicht seiner Persönlichkeit und die Kraft seiner Rede rang die Versuche der Reichstagsabteilungen nieder, das Haus des gleichen Rechts zu demolieren. Zuerst mußte um jeden Satz, um jedes Wort gekämpft werden. Die Reichstagsabteilungen schloß sich um den Redner, dem sich mit jedem Satze steigend die Aufmerksamkeit des ganzen Hauses zuwendete. Die übrigen Reichstagsabteilungen fanden bei solcher Lage der Dinge den Mut nicht, den habituellen Euforus zu heischen, deren vereinsamtes Geschrei verstumme unter der Wucht einer Rede, wie sie dieses Haus schon lange nicht vernommen hat.

Adler begann mit dem Prozeß gegen das Ständerecht: „Das Ständerecht ist eine wirklich höchst einfache Lösung. Es gehört nicht viel Verstand dazu, den Heuler von Wien nach Prag zu berufen. Wir konstatieren, daß das nichts anderes ist als der vollständige Vortritt der alten österreichischen Regierungsmethode. Wir stellen fest, daß das der Beweis ist für die vollkommene Unfähigkeit der heute herrschenden Parteien, zu herrschen.“ (Sehr richtig! b. d. Soz.) Jetzt haben sie den Frieden, jetzt haben sie, die sich nicht vertragen und nicht einigen können, das alte österreichische einigende Band, die gemeinsame Pragerbank, den gemeinsamen Galgen, unter dem sich die Wälfereineigen wollen.“

Als dieser Satz ausgesprochen war, erschien der Ministerpräsident im Hause, ein neuer Sturm tobte bei den Reichstagsabteilungen; wieder schwanzte die Waage, wieder erforderte die Kraft der Rede den Sieg. Adler legte dar, daß Ständerecht im Parlament an den

Dingen nichts Besseres könnten, sonst müßte Oesterreich mit seinen endlosen Skandalen längst an der Spitze der Staaten marschieren. Nicht nur die Regierung trage Schuld, auch die Wähler. Mit Klugheit machte man keine Politik. Das Unrecht der einen begründete noch nicht das Recht der anderen, und die Prager Gemalitäten entschuldigen nicht die Haltung der deutschliberalen Presse, die sich nach dem Ständerecht heiser geschrien habe. „Es ist kein Zweifel, sagte Adler, daß das, was gegen die deutschen Studenten in Prag verübt wurde, ein schweres Unrecht war. Aber solches Unrecht sühnt man nicht mit dem Ständerecht. Ich für meine Person muß sagen: Alle Achtung vor der Jugend, alle Achtung vor ihrem Mut und ihrer Fortschrittlichkeit, die Jugend soll mutig, soll forschend, soll tapfer sein, und vor ihrer Tapferkeit werde ich jederzeit streift haben; aber der Mut und die Tapferkeit sind nicht Tugenden, die irgendwelche Verantwortung mit sich führen und zur Leitung der Geschäfte der Wähler geeignet sind.“ (Beif. Beifall b. d. Soz.) Wir haben im Prager Parlament eine junge Garde, an deren Fortschrittlichkeit, an deren Tapferkeit, Mut und Idealismus wir uns alle erfreuen. Sie ist die Hoffnung unserer Zukunft, aber in der Gegenwart lassen sich die Sozialdemokratische Partei und ihre Vertrauensmänner ihre Politik und ihre Taktik von diesen jungen Leuten nicht aufzupropieren. (Beifall, anhaltender Beifall und Handklatschen b. d. Soz.) Dies gilt für alle ohne Unterschied der Nation. Es gibt eben kein Volk, das nicht Studenten hat, die sich stellenweise und zeitweise zu unverantwortlichen Führern des Volkes auszeichnen können. Aber das ist nicht die Stärke der Jugend, das ist nicht die Tapferkeit der Jugend, das ist die Schwäche und die Freigebigkeit des Alters.“

Nach dieser Kennzeichnung der österreichischen Studententätigkeit wandte sich Adler gegen den Ministerpräsidenten und seine in so kurzer Zeit so fassam bewiesene Unfähigkeit, ein parlamentarisches Regime zu lenken. Da trat der deutsche Reichsminister Schreiner ein, gegen den die Reichstagsabteilungen einen besonderen Haß affektieren. Es erhob sich ein entsetzliches Getöse, noch einmal war alles auf die Probe gestellt. Aber ging nun gegen die Reichstagsabteilungen selbst zum Angriff über. „Die verurteilen“, schrie er sie an, dieses Parlament mit dem alten Kuriensystem. In dem alten Kuriensystem haben wir uns das gefallen lassen, hier nicht.“ Darauf führte er den entscheidenden Schlag. Bekanntlich können seit langem in Oesterreich Regierungsvorlagen nur noch erledigt werden, indem man sie in Dringlichkeitsanträge verwandelt; zur Feststellung der Dringlichkeit gehört aber die Zweidrittelmehrheit. Nun knüpfte sich hieran folgendes Spiel und Gegenstück. Die Reichstagsabteilungen wollten a) die drei Lesungen des Budgetprovisoriums auf einmal durchdrücken, die Reichstagsabteilungen alles vereiteln und Oesterreich in den parlamentarischen Zustand zurückstoßen. Adler entzog beiden die Waffen, indem er erklärte: die 80 Sozialdemokraten würden weder zugeben, daß man nach christlichsozialer Manier das Beihilgungsrecht des Hauses zur Fäulnis herabdrücke, noch zulassen, daß die Reichstagsabteilungen die Dringlichkeit mit einem Erfolge krone. Deshalb würden sie für die Dringlichkeit der ersten — aber nur der ersten — Lesung stimmen, und dafür sorgen, daß auch die übrigen Lesungen ordnungsgemäß parlamentarisch erledigt werden können. Nachdem er aber so den Reichstagsabteilungen das Mäximum indirekter Konstitution aus der Hand gerissen hatte, wandte er sich — unter atemberaubender Spannung des Hauses — gegen die Regierung des Reichstagspräsidenten, die sich immer sichtbar etabliert.

„Wenn Sie sich“, führte er aus, „dem Terrorismus beugen wollen, wir werden die letzten sein, die sich beugen.“ (Beif. Beifall und Handklatschen b. d. Soz.) Wir wissen sehr gut, daß wir damit nur das Spiel jener Leute spielen würden, die an unverantwortlicher Stelle die Trübsal lenken. (Beif. Beifall b. d. Soz.) Und damit volle Klarheit sei, gestatten Sie, daß ich ein Wort darüber sage. Wir Sozialdemokraten sind Republikaner, und haben das nie geleugnet. Wir Sozialdemokraten wissen aber, daß der Boden dieses Staates und dieser Verfassung bereinigt ist, auf dem das Proletariat hier zu kämpfen hat. Wir erkennen die Tatsache an, die gegeben ist, und rechnen mit ihr. Wir haben Forderungen, die der Verwirklichung weit näher stehen als unser Programm in Bezug auf die Staatsform. Dessen sind wir uns vollständig bewußt und darum werden Sie von uns keinen Akt sehen, der dieser Erkenntnis widerspricht. (Zustimmung b. d. Soz.) Aber, meine Herren, in Bezug auf Ihren Standpunkt, der der monarchische ist und den wir jede Überzeugung, wenn und insofern sie eine Überzeugung ist, respektieren, möchte ich doch eine Frage an Sie stellen. Wenn ich Monarchist wäre, wie ich es nicht bin, so hätte ich, wie selbst der weitestgehende Monarchist von Ihnen, doch genug an einem Monarchen (Reichstagspräsident Weisfall und Heiterkeit.) Ich verstehe einen Monarchismus nicht, der einen Kaiser hat, den man jubiliert, und einen heimlichen Kaiser, von dem man sich regieren läßt. (Beif. Beifall b. d. Soz.) Ich verstehe, offen gestanden, auch nicht die sogenannte Lokalität, die bei mir immer mit Gänsefüßchen erscheint, und den sogenannten Patriotismus, bei dem ich die Gänsefüßchen verdoppeln möchte; ich verstehe die Aufrichtigkeit der beteuerten Gefühle nicht, wenn doch jedermann weiß, daß man nicht mit dem gegenwärtigen Regime rechnen, sondern eine Zukunftskompetenz, von der man offiziell wünscht, daß sie nur recht lange fern bleiben möge. (Beif. Beifall b. d. Soz.) Diese Zweideutigkeit verstehe ich nicht. Wenn ich der Ansicht wäre, jemand anderer verstehe die Geschichte besser als der Kaiser Franz Joseph — es kann ja solche Leute geben —, dann würde ich es sagen. Aber diese Politik ist wenig schön, wenig erfreulich für die Herren, die ihre Träger sind; aber sie ist vor allem, und das wäre viel schlimmer, eine Gefahr für das Reich. Die politische Moral der Herren übertrifft mich wenig; aber die Verhältnisse, die dadurch in diesem Reiche angeordnet werden, liegen offen zugage. (Beif. Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Dieser Angriff trifft vor allem die Christlichsozialen. Adler ging im weiteren Verlaufe seiner Rede auf die Sozialdemokratisierung und die böhmische Frage ein. Und schloß: dann wieder zur brennenden Frage des Augenblicks zurück: „Wir Sozialdemokraten verkennen den Ernst und die Schwere der nationalen Frage nicht und wissen und gibt es schmerzliche Auseinandersetzungen, ernste Diskussionen über die wichtigsten

Vertical text on the left margin, likely bleed-through or printer's marks.